

### Politische Rundschau.

#### Die Exekution gegen Venezuela.

Am 13. d. haben in dem venezolanischen Konflikt zum ersten Male die Kanonen gedonnert. Die Bewohner von Puerto Cabello hatten ein englisches Raufahrtschiff „Tropaz“ mit Besatzung besetzt und mit Matrosen ihrer Nationalität bemant. Infolgedessen feuerten das englische Kriegsschiff „Charhbis“ und die deutsche „Vineña“ auf das Fort und das Zollhaus von Puerto Cabello. Das Fort erwiderte das Feuer, wurde aber halb zum Schweigen gebracht. Das Fort und ein Kastell wurden in Trümmer gelegt. Der Befehlshaber des letzteren wurde bei der Besetzung durch die Verbände gefangen genommen.

Die Ver. Staaten mischen sich nicht ein. Präsident Roosevelt und Staatssekretär Hay hatten in der venezolanischen Angelegenheit eine Besprechung. Beide sind der Ansicht, daß, wenn nicht unerwartete Veränderungen eintreten, die Ver. Staaten sich in den Streit nicht ernstlich mit hineinziehen lassen sollten.

In Venezuela ist nach einer Meldung des „Wallischen Bureau“ aus Caracas vom Montag eine Bewegung im Gange, den Rüdriki Castro zu verlangen und den Vizepräsidenten Ayala dazu zu veranlassen, daß er den Konrad beauftragt, damit derselbe einen zeitweiligen Präsidenten ernenne und mit Deutschland und England eine Verständigung zu erreichen suche.

Die deutsche und die englische Kolonie in Caracas befindet sich nach anderen Nachrichten in vollständiger Panik, an 114 Personen verlangen am Sonntag morgen des amerikanischen Gesandten Bowen Schutz. Die amerikanische Gesandtschaft verproviantierte sich auf alle Fälle. Viele Deutsche wurden in der amerikanischen Gesandtschaft aufgenommen und das Haus in eine Art Kaserne mit Vorräten umgewandelt.

#### Deutschland.

Die Wiener „Polit. Korresp.“ will wissen, Kaiser Wilhelm habe beabsichtigt, den Grafen Bülow in den Fürstenstand zu erheben. Auf Bitten des Kanzlers aber habe er davon Abstand genommen.

Die einzige Aenderung, welche in dritter Lesung der Zolltarifvorlage an den Beschlüssen des Reichstages in zweiter Lesung vorgenommen wurde, bestand gemäß dem von Müllern der konservativen Partei, der Reichspartei, des Zentrums und der nationalliberalen Partei eingebrachten Antrag in der Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu § 2 des Zolltarifgesetzes (Mindestzölle) mit Ausnahme des Zollfußes für Getreide (4 Mk. für Malgerste statt 3 Mk. für Gerste überhaupt). In Bezug auf gekommen sind bei zweiter Lesung gemäß den Beschlüssen der Kommission eingehende Mindestzölle für Pferde, Vieh und Fleisch.

Der Herzog von Cumberland hat an den unlangst im Disziplinärwege verurteilten Landgerichtspräsidenten Dedeke in ein Hansschreiben gerichtet, das von den „Braunschw. Nachr.“ veröffentlicht wird. Nachdem der Herzog dem Präsidenten für die „unverletzte Aufrechterhaltung der Rechte seines Hauses“ gedankt, wendet er sich schärf gegen das vor einigen Tagen vom „braunschweiger Landtage“ angenommene Regentenschaftsgesetz und bedauert das Eingringen der Vorlage, die die Rechtslage verdunkelt und gegen das monarchische Prinzip verstoße. Der Herzog erklärt, an seiner Aufstufung vom 2. November 1884 auch heute noch festhalten und verwahrt sich gegen jede Schmälderung seiner Rechte.

Das dänische Strafverfahren gegen den sozialdemokratischen Vorwärts wegen Veteiligung Friedrich Krupps ist eingeleitet worden.

Eine Verordnung betr. das Zollwesen der Schutzgebiete Afrikas und der Südsee wird im Reichsanz. veröffentlicht. Es heißt darin:

Der Reichskanzler ist ermächtigt, für den Bereich der Schutzgebiete Afrikas und der Südsee zu verordnen, daß für Zollgebühren, Selbstzölle, Ertrag des Wertes konterbandierter oder geldmangeliger Gegenstände und der Kosten des hierauf bezüglichen Verfahrens im Falle des Unvermögens des Schuldigen diejenige Person oder Gesellschaft haftbar ist, in deren Gewalt, Aufsicht oder Dienste der Schuldige steht. Doch bleibt es den vorbestimmten Personen und Gesellschaften vorbehalten, ihre Haftung durch Nachweis auszuschließen, daß die Zuwiderhandlung nicht bei Ausführung der Verordnungen verübt ist, die sie dem Täter übertragen oder ein für allemal überlassen hatten.

Eine Anzahl deutscher Schulkolonne wurde sich kurz vor Weihnachten in Genoa einschiffen, um die Seereise nach Kiautschou anzutreten, wozu sie engagiert worden sind. Die Beamten, welche sich aus den verschiedensten Städten Deutschlands rekrutierten, sind auf drei Jahre verpflichtet und erhalten außer freier Hin- und Rückfahrt ein Jahresgehalt von 2500 Mk.

#### Oesterreich-Ungarn.

Ueber das Unwohlsein Kaiser Franz Josephs erzählt der „Hannov. Cour.“ aus verlässlicher Quelle: Das Leiden wurde zu Anfang als ein rheumatisches angenommen. Erst später wurden hämorrhoidale Ursachen des Leidens festgestellt und da die entzündlichen Herde bereits eine starke Ausdehnung erreicht hatten, so mußte mit einer Operation vorgegangen werden. Solche operativen Eingriffe sind immer sehr schmerzhaft, weshalb dem Monarchen nahegelegt wurde, daß die Operation im Zustande der Narbe mit viel weniger Schmerzen verbunden wäre. Der Kaiser lehnte jedoch eine Anästhesierung ab und so wurde operiert, bei vollem Bewußtsein des Monarchen. Mit Selbstbeherrschung ertrag der Kaiser die Schmerzen, und die außerordentliche Widerstandsfähigkeit ermöglichte es, daß er schon nach zehn Tagen die erste Ansahrt unternehmen konnte. Gegenwärtig ist der Gesundheitszustand des Kaisers ein sehr befriedigender und gibt zu keinerlei Bedenken mehr Anlaß.

Durch kaiserliches Patent werden die Landtage einberufen, und zwar derjenige Niederösterreichs auf den 19. Dezember, derjenige Oberösterreichs, Böhmens und Böhmerwalds auf den 22. Dezember, Tirols auf den 27. Dezember, sowie diejenigen Mährens, Galiziens, Salzburgs, Steiermarks und Schlesiens zum 29. Dezember.

Der Abschluß des Ausgleiches zwischen beiden Regierungen ist, wie die „Neue Freie Presse“ meldet, in den nächsten Tagen zu erwarten. (Diese Meldung ist in den letzten acht Monaten mindestens schon ein Dutzendmal aufgelaugt.)

#### Frankreich.

Marineminister Pelletan ist am Sonntag früh in Cherbourg eingetroffen und von den Spitzen der Behörden am Bahnhof empfangen worden. Nach dem Empfange der Behörden in der Seepolitik wohnie Pelletan einem von den republikanischen Komitees veranstalteten Bankett bei. Bei dem Bankett hielt Pelletan eine Rede, in der er ausführte, sein Ideal wäre, alle Völker solidarisch und befreundet zu sehen; trotz dieses Ideals wisse er wohl, den Erfordernissen gerecht zu werden, und werde alles thun, was das höhere Interesse und die Ehre der französischen Fahne erheische.

#### Balkanstaaten.

Die „W. Z.“ veröffentlicht eine Unterredung mit einem den Orient genau kennenden Diplomaten. Derselbe prophezeit auf das bestimmte für das Frühjahr den Ausbruch von Unruhen in großem Stil auf dem Balkan, da der Sultan keine Reformen durchzuführen könne, ohne Thron und Leben aufs Spiel zu setzen.

Dem macedonischen Führer Oberst Zankow wurden bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof in Sofia von einer zahlreichen Volksmenge große Ovationen dargebracht.

#### Afrika.

Aus dem Lager des Sultans von Marokko befaßt eine Mitteilung der „Times“ die Niederlage der marokkanischen Truppen bei Taza am 29. November durch verräterischen Abfall eines bis dahin auf der

Seite des Sultans stehenden Stammes, der in einer Challenge plötzlich ras Feuer auf die Truppen eröffnete, wobei 83 Soldaten fielen und viele verwundet wurden.

#### Deutscher Reichstag.

Am 13. d. steht auf der Tagesordnung die dritte Beratung der Zolltarifvorlage.

Zu § 1 des Zolltarifgesetzes liegt nunmehr ein Kompromißantrag der Mehrheitspartei vor, wonach die Mindestzölle für Vieh und Fleisch fortfallen und für die Getreidearten bis auf Malgerste die Mindestzölle der Regierungsvorlage wieder eingelegt werden. Diese Mindestzölle betragen für Roggen 5 Mk., Weizen und Gerste 5,50 Mk., Hafer 5 Mk. für den Doppelzentner, während nach dem Kompromißantrag der Zoll für Malgerste auf 4 Mk. gegenüber 3 Mk. in der Regierungsvorlage festgelegt wird.

In der Generaldiskussion gibt Reichskanzler Graf v. Bülow die Erklärung ab, daß die verbündeten Regierungen dem Zolltarif in der nunmehr vorliegenden Fassung ihre Zustimmung zu geben bereit sind, und daß die Aenderungen, welche in dem Entwurf des Zolltarifgesetzes vorgenommen worden sind, das Einverständnis des Bundesrats finden werden mit alleiniger Ausnahme der zum zweiten Absatz des § 1 gefassten Beschlüsse. Insbesondere darf ich voraussagen, daß die verbündeten Regierungen ihre ersten Belange, zu welchen die nach § 10a beschlossene Einschränkung des Steuerrechts der Gemeinden mit Rücksicht auf die schwere finanzielle Lage einzelner Kommunen Anlaß gibt, zurücktreten lassen werden, nachdem der Zeitpunkt für das Inkrafttreten dieser Bestimmung bis 1910 hinausgerückt ist. Ebenso kann ich in Aussicht stellen, daß die verbündeten Regierungen im Interesse der verbesserten und gekürzten Pflanzsorge für die Hinterbliebenen der Arbeiterklassen dem § 11a betr. die spätere Einführung der Witwen- und Waisenversorgung zustimmen werden. Die verbündeten Regierungen haben sich entschlossen, dahin zu wirken, daß auch die Einführung dieser weitgehenden sozialpolitischen Maßregel nach den für die Beteiligung des Reiches festgelegten Grenzen eine wirtschaftliche Entwidlung der Einzelstaaten und die Regelung ihrer Finanzen noch möglich sei. Der einzige hiernach verbleibende Differenzpunkt zwischen den verbündeten Regierungen und den Beschlüssen der zweiten Lesung ist die Erweiterung der Mindestzölle, welche durch den Antrag Gerold und Genossen beibehalten sollen. Nach diesem Antrag sollen die Mindestzölle für Pferde, Vieh und Fleisch nicht festgelegt werden, die Mindestzölle für Getreide auf die Höhe der Vorlage zurückgeführt werden mit Ausnahme des Zolles für Malgerste. Namens der verbündeten Regierungen kann ich schon das Einverständnis mit diesem Antrag erklären. Die verbündeten Regierungen sind nicht der Meinung, daß sie sich mit der Zustimmung zu der Erhöhung des Mindestzolles von 3 auf 4 Mark in Widerspruch setzen mit dem ablehnenden Standpunkt, den sie bezüglich der Anträge auf Erhöhung und Erweiterung der Mindestzölle des Entwurfs haben einnehmen müssen. Die früheren Erklärungen der verbündeten Regierungen bezogen sich auf Gerste im allgemeinen. Für Malgerste einen höheren Zoll zu gewähren, erscheint sachlich durchaus gerechtfertigt und die verbündeten Regierungen haben sich überzeugt, daß eine verschiedene Verzollung möglich sein wird. Was die eventuelle Verzollung von Futtergerste betrifft, so wird bei den Vertragsverhandlungen den berechtigten Interessen der Landwirtschaft Rechnung getragen werden. Die verbündeten Regierungen geben sich der Hoffnung hin, daß das hohe Haus seine Beschlüsse so fassen wird, daß eine volle Einmütigkeit zwischen Bundesrat und Reichstag erreicht wird und damit das große Werk zum Segen des Vaterlandes zum Abschluß kommt. (Abg. Ledebour (oz.) ruft: Zum Glück des Vaterlandes.)

Abg. Frhr. v. Wangenheim (konf.) führt aus, daß selbst durch die Beschlüsse zweiter Lesung der Landwirtschaft ein erheblicher Schaden zugefügt werde. Er werde deshalb mit einem Teil seiner Freunde gegen das Kompromiß stimmen.

Abg. Richter (fr. Pp.) polemisiert gegen den Abg. v. Richter und gegen die Regierung. Die ganze Zolltarifvorlage stehe den nationalen Interessen entgegen, widerspreche der Weltpolitik, sei eine unheilvolle That.

Namens der Freikontrahenten gibt Abg. Gampe eine Erklärung ab, wonach sie einstimmig für die Kompromißanträge eintreten werden.

Abg. Müller (oz.) bekämpft die Vorlage.

Abg. Pompej verliert eine die Zustimmung des Zentrums zum Kompromiß motivierende Erklärung.

Abg. Barth (fr. Pp.) äußert sich über die Unmöglichkeit, auf Grund des von der Kommission beschlossenen Tarifs neue Handelsverträge abzuschließen.

Reichskanzler Graf v. Bülow entgegnet, man solle

im Auslande nicht glauben, daß Deutschland kein größeres Interesse hätte am Zukunftskommen von Handelsverträgen als andere Länder. Deutschland sei der beste Käufer der Welt und brauche unter kein kaudinliches Joch zu treten.

Abg. B. a. s. e. legt den nationalliberalen Standpunkt dar und ergeht sich in Angriffen auf die Mitte.

Es reden noch die Abg. Frhr. v. Radziwill (Pole) und Hauptmann (südb. Pp.), sowie Graf Limburg-Sturum (konf.).

Von den Abg. Spahn, v. Karldorf und Gen. wird der Antrag auf Schluß der Generaldiskussion gestellt und mit 206 gegen 118 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen.

Das Haus tritt nun in die Spezialdiskussion ein. Es liegt ein Antrag Singer-Siadthagen vor, über einzelne Positionen des Zolltarifs gebietet zu diskutieren und abzustimmen.

Abg. Siadthagen (oz.) bezeichnet die Art, wie das Gesetz zu Stande gekommen ist, als einen Rechtsbruch, den sich seine Partei nicht bräute gefallen zu lassen.

Es entsteht eine längere Geschäftsordnungsdebatte, an der sich auch die Abg. Wagem, Singer, Schrader und Bebel beteiligen. — Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Darauf beantragen die Sozialdemokraten die Verlesung der gesamten Kommissionsschlüsse.

Abg. Singer begründet den Antrag. Das Volk habe ein Recht zu wissen, welche Beschlüsse hier gefaßt worden seien.

Auf Antrag des Abg. Spahn wird der Antrag der Sozialdemokraten mit 275 gegen 50 Stimmen abgelehnt.

Nunmehr tritt das Haus in die Spezialdebatte des § 1 des Tarifgesetzes ein.

Abg. Richter (fr. Pp.) bekämpft in längeren Ausführungen die Erhöhung des Zolles für Brauergerste.

Abg. Richter (oz.) verbreitet sich zunächst sehr ausführlich über die Futterzölle, speziell den Maiszoll, und folgert aus den hohen Getreidezoll, Fleischzoll, daß das Volk dem Vegetarismus in die Arme treiben wolle. (Erst um 12<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr morgens hat Richter seine Dauerrede — er hat acht Stunden gesprochen — beendet.)

Seinem Vortrage folgte alsbald ein Antrag auf Schluß der Diskussion. Dieser wurde mit 284 gegen 78 Stimmen angenommen.

Der Antrag Gerold (Herabsetzung der Mindestzölle für Getreide und Beibehaltung der Mindestzölle für Vieh und Fleisch) wird mit 199 gegen 105 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen, ebenso mit dieser Aenderung der Grundzüge § 1 des Gesetzes unter Ablehnung aller übrigen Amendements mit 200 gegen 107 Stimmen bei einer Enthaltung.

Die Diskussion über den Rest des Gesetzes wird auf Antrag des Abg. Spahn ausgesetzt und nach kurzer Debatte ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen. Alle Amendements werden durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt.

Schließlich wird nach einer fast zwanzigstündigen Sitzung um 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr morgens die **Zolltarifvorlage** einstimmig angenommen. Es stimmen dafür 202 Abgeordnete, dagegen 100, bei einer Stimmenthaltung. Das Resultat wird von der Majorität mit dräuenden Gesprochen aufgenommen.

Der Reichskanzler war bis zuletzt anwesend. Darauf verläßt sich das Haus bis zum 18. Januar 1903.

#### Von Nah und Fern.

Die Restauration „Zur schwarzen Ziesel“ in Bad Gastein, ein Lieblingsaufenthalt Kaiser Wilhelms I., soll unter den Hammer kommen und am 8. Januar versteigert werden. Das Gasthaus bietet einen der schönsten Aussichtspunkte des berühmten Bades. Ringsum himmelanfibende Felsklöße, dunkle Wälder, sattgrüne Matten; mitten durch dieses Zauberland schlängelt sich das glitzernde Silberband der rasch dahinstreibenden Ache, deren Lauf das Auge weit hinaus ins Thal zu bereuigen vermag. Die ursprüngliche Besitzerin der Restauration, ein unter dem Namen „die schwarze Ziesel“ bekanntes Original, schätzte früher hohe Verpflückheiten zu den ständigen Gästen des Gasthofs.

Kein Sommer verging, ohne daß Kaiser Wilhelm, Frhr. v. Bismarck, Mantuffel u. a. sich eingekunden hätten. Heute zeigt man das Glas des greifen Monarchen und die Kugel, mit der er manchmal Regel zu Falle gebracht. Auch Kaiserin Elisabeth in Begleitung der Erzherzogin Marie Valerie weilte in dem herrlichen Gasthause, dessen Glanzzeit mit dem Tode seiner ersten Besitzerin, der „schwarzen Ziesel“, zu erblassen begann.

### Truggold.

Roman von Anna Seyffert-Klinger.

(Fortsetzung.)

„Die Geschichte mit dem Manuskript? Ich bitte Sie, mein Vetter, verschonen Sie mich.“ Sie haben dem Herrn Baron die Handschrift entwendet,“ erwiderte Gwahl.

„Ich nahm beim Austräumen das Zeug, das ich für Malulatur hielt, mit mir. Später erkannte ich erst, wozu einen interessanten Fund ich gemacht hatte.“

„Da wäre es wohl an der Zeit gewesen, dem Herrn Baron sein Eigentum zurückzugeben.“

„Das Manuskript Eigentum des Barons? Das glauben Sie wohl selber nicht, Verehrtester.“ Marius ließ sich gemächlich in einen Sessel gleiten. „Wenn Sie es vorziehen, zu sehen, so gestalten Sie wenigstens, daß ich Platz nehme und mir auch eine Tasse anzuñde, es spricht sich gemüthlicher dabei — mein Himmel, so setzen Sie sich doch, Sie können mir glauben.“

„Ich ersuche Sie, mein Herr, mir das Manuskript herauszugeben.“

„So lassen Sie doch endlich den alten Schwinder aus dem Spiel.“

„Gwahl vermochte seine Entrüstung kaum noch zu weichern. Die Gelassenheit des andern, der sich ihm in seinem Rechte war, reizte ihn.“

„Sie verweigern mir also die Herausgabe des Wertes?“ fragte er schroff.

„Vorläufig ja,“ entgegnete Marius, seine Zigarette in Brand setzend.

„Ich bin bereit, Ihnen eine angemessene Entschädigung zu bieten.“

„Bieten Sie nicht, mein Vetter,“ Marius that ein paar langezüge, um dann den blauen Dampf gemächlich, mit Behagen wieder entweichen zu lassen, „bieten Sie nicht, ich gehe auf nichts ein, und wenn es sich um ein Vermögen handelt. Vielleicht später einmal, wer kann's wissen? Zur Zeit bin ich ein sehr wohlhabender Mann und habe es nicht nötig, derlei Geschäfte zu machen. Erst gestern habe ich einen Reingewinn von hunderttausend Mark gehabt. Sie trauen? Ja, wissen Sie, ich bin ein Glückspilz, ein Sonnenskind, das Gold hat Gefallen an mir. Andere Leute dürfen derlei gar nicht aussprechen, es würde eine Herausforderung an das Schicksal bedeuten, — bei mir ist das anders. Ich darf mir diesen Luxus gestatten, ohne die Rache der Götter fürchten zu müssen!... Ich bin immer oben auf, wissen Sie, ohne besonders talentiert zu sein — nur eine Portion Welkflugheit habe ich mir angeeignet und die verleiht mir einige Fühlhäden mehr, als die Menschen im allgemeinen besitzen. Durch ein wenig Trainierung erreicht man es bald, feilsch der gewinnende Teil zu sein, und ich kann Ihnen sagen, die Anstrengung lohnt sich der Mühe.“

Gwahl hatte langsam das Zimmer durchgemessen. Bei Marx Ausführungen hatte sein Groß sich ein wenig besänftigt. Es lang so aufrichtig, wissen Sie, das dort gesprochen wurde, und enthielt obenein so viel des Interessanten, daß der Doktor sich unter dem Eindruck des Gesagten befand.

„Freilich ließ er sich nicht einen Moment von dem Zwecke ableiten, welcher ihn hierher geführt hatte.“

„Wenn Sie das Manuskript aufbewahrt haben und sich so entschieden weigern, es herauszugeben, so bleibt mir doch nur die Annahme, daß Sie aus irgend einem Grunde eines Tages gegen unsere Familie vorgehen und uns zu schädigen suchen werden.“

„Ich denke gar nicht daran,“ entgegnete Marius kaltblütig, indem er die Asche von seiner Zigarette streich und sich dann weit zurücklehnte, „es ist aber mein Prinzip, niemals einen Vorteil aus der Hand zu geben. Ich kann gar nicht wissen, in welcher Weise diese alten Papiere mir noch einmal nützen können, daher behalte ich sie.“

„Vielleicht erreicht meine herzlliche Bitte, was meinem Ersuchen verweigert wurde. Sie erweisen einer alten, schmerzgeprüften Frau eine grenzenlose Wohlthat mit der Herausgabe der Blätter. Meine Mutter würde des Dankes voll sein, wenn sie erführe, daß Sie, mein Herr, sich ihretwegen eines Vorteils begeben hätten.“

„Geben Sie es auf, in mich zu bringen. Ich bin mir selbst der Nächste, und wenn ich jemand eine Wohlthat erweise, so darf ich selbst nicht dabei zu kurz kommen. Ich gebe das Wort nicht heraus, und wenn Sie des Himmels reichsten Segen auf mein unwürdiges Haupt herabsprechen. Ich handle nach ganz bestimmten Prinzipien und lasse mich von keinem Menschen beeinflussen.“

Gwahl hatte das unheimliche Gefühl, als

starke ihm hier in diesem Menschen ein schroffer Fels entgegen, an dessen Eden und Spitzen man sich wund stoßen müsse bei jedem Versuch, auch nur das kleinste Leichen davon sich zu nutze zu machen.

„Und wenn der Baron gerichtlich gegen Sie vorgehen würde?“ fragte er sondernd.

Marius verstand ihn sofort. „Ein Kampf bereitet mir stets Vergnügen,“ erwiderte er lächelnd; „wer mich angreift, findet mich gewappnet.“

„Und wir haben nichts von Ihrer Inbistretion zu fürchten?“

„Vorläufig nicht das allergeringste.“

„Und später?“

Eine vieldeutige Bewegung antwortete ihm. Gwahl glaubte vor tieferer Empörung ersticken zu müssen. Er sah ein, daß hier nichts zu erreichen war.

Er durfte es noch nicht einmal wagen, den andern zu beleidigen; er war überzeugt, daß Marius jede Eigenmächtigkeit durch eine Voshheit rächen würde. Ein gefährlicher, unheimlicher Mensch, gegen den man nicht die kleinste Waffe besaß!

Vielleicht erlautrete er aus dem Hinterhalt heraus die günstige Gelegenheit, wo er das Geheimnis am wirksamsten aller Welt preisgeben konnte — jetzt erst ließte die alte Schuld gleich einer Fessel schwer drückend auf der Familie.

Er wußte nichts mehr zu sagen, und da er fürchtete, daß jeden Moment sein Zorn überwallen werde, so empfahl er sich kurz und ziemlich hastig.